

Schwerpunkte setzen in schwierigen Zeiten

Etatrede Mannheimer Liste 2010 / 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Liebe Mannheimer Bürgerinnen und Bürger,

Einleitung

Die wirtschaftliche Situation der Stadt Mannheim hat sich seit den letzten Etatberatungen zweifelsohne massiv verschlechtert, dieses Schicksal teilt die Stadt Mannheim praktisch mit allen deutschen Kommunen. Trotzdem hat die Verwaltung der Stadt Mannheim zu der jetzt gegebenen Problematik einen erheblichen Teil beigetragen. Entgegen der Warnungen aus verschiedenen Bereichen schon zum Jahresende 2008 wurde weiter ein ungezügelter Personalexpansionskurs gefahren. Die notwendige Diskussion eines Haushaltsstrukturprogramms wurde erst am Jahresende 2009 und nicht, wie notwendig, schon im ersten Halbjahr 2009 begonnen. Damit sind Möglichkeiten, die aufgezeigten Kostenreduzierungspotentiale schon für den Etat 2010/2011 wirksam werden zu lassen, unnötigerweise vergeben worden.

Die Mannheimer Liste (ML) würde das Konzept der Verwaltung, durch eine Kombination von Neuverschuldung und Ausgabenreduktion einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen mittragen.

Die Mannheimer Liste wird aber keiner Steuererhöhung – weder Grund- noch Gewerbesteuer – zustimmen!

Einer Kulturförderabgabe können wir ebenfalls nicht zustimmen!

Die Steuererhöhungen sind entbehrlich, wenn die von der ML vorgeschlagenen Einsparungen im Etat vorgenommen werden.

Unsere Position ist: Keine Ausgabensteigerung sondern Ausgabenverlagerung.

Die ML trägt mit Verantwortung für die weiteren Investitionen im Schul-, Kinder- und Jugendbereich.

Durch die Versäumnisse, insbesondere in der Unterhaltung der öffentlichen Gebäude in den letzten Jahrzehnten, befinden sich viele dieser Anlagen in einem schlechten Zustand. Im Interesse der nachwachsenden Generation müssen hier dringend notwendige Investitionen auch bei schlechter allgemeiner Finanzlage durchgeführt werden. Das gleiche gilt im Bildungsbereich, beginnend mit den Kindertagesstätten, Kindergärten und Horten müssen die Einrichtungen den im Land Baden- Württemberg üblichen Standards angeglichen werden. Die dazu notwendigen Gebührenerhöhungen tragen wir mit. Allerdings sollten wir nicht versuchen, die vorgegebenen Landesstandards zu übertreffen. Die Bildung von Ganztagschulen und Werkrealschulen wird befürwortet.

Einzelmaßnahmen

Finanzen / Personal

Bei der Diskussion über die schlechte finanzielle Situation wird leider viel zu selten erwähnt, dass die schlechte wirtschaftliche Situation, die natürlich zum großen Teil auf die nicht beeinflussbare wirtschaftliche Großwetterlage zurückzuführen ist, zu einem nicht unerheblicher Teil eindeutig selbstverschuldet ist. Die Mannheimer Liste (ML) hat bei den letzten Etatverhandlungen – leider vergeblich – für eine Verlangsamung des damals schon sichtbaren Personalaufbaus plädiert. Die von Alt –OB Widder eingeleitete Personalkostenkonsolidierung hatte zu einer deutlich verminderten finanziellen Belastung des Etats der Stadt geführt. Diese unserer Meinung nach richtigen Bemühungen wurden in den letzten Jahren durch eine teilweise nicht nachvollziehbare **Aufstockung des Personals** zunichte gemacht. Auch als die sich abzeichnende Finanzkrise schon klar zu erkennen war, erfolgte keine Reaktion, im Gegenteil, es wurde vermehrt öffentliches Geld ausgegeben. Der ständig wiederholte Hinweis, dass Staat und Kommunen durch Investitionen Schlimmeres verhindert haben, trifft nach Aussagen von Fachleuten durchaus für die Sachinvestitionen zu. Ein Teil der Investitionen in Personal werden dagegen außerordentlich kritisch gesehen, da uns diese Ausgaben in Zukunft massiv belasten werden. Ein Blick in den Stellenplan macht diese kritische Situation deutlich.

Anhand des Stellenplans 2010/2011 lassen sich Steigerungen der Personalausgaben wie folgt darstellen:

203 Mio.€ in 2006

233 Mio.€ in 2009 eine Steigerung um 17,5 %

258 Mio.€ in 2013

Es ist keine Frage, dass gesetzlich notwendige Personalaufstockungen im Sozialbereich unumgänglich waren. Dies ist unbestritten, die Personalerweiterungen gehen jedoch weit über diesen Bedarf hinaus, so wurde das Dezernat OB von 24,5 im Haushalt 2008/2009 auf 34,25 Stellen im neuen Haushalt aufgestockt (30 %), Amt für Rats- und Öffentlichkeitsarbeit von 60,95 Stellen auf 71,95 Stellen (13%).

Dies ist das Gegenteil einer schlanken Verwaltung.

Die ML hat in den letzten Monaten bisher vergeblich versucht, einen genauen Überblick über den augenblicklichen Personalstand zu bekommen.

Ein neues Personalkostenkonsolidierungsprogramm ist absolut notwendig.

Als Sofortmassnahme schlagen wir vor:

Den Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung pauschal um 5 Mio.€ zu kürzen.

Dabei werden insbesondere der Etat des Oberbürgermeisters (000), Ratsangelegenheiten, Repräsentation (0015), sowie Personal und Organisation (0220) auf den Ausgabenbetrag des Jahres 2009 festgeschrieben.

Change² – Prozess

Große Sorge bereitet uns der Change² Prozess.

Im Rahmen des Change² Prozess soll die Verwaltung der Stadt modernisiert und effizienter gestaltet werden. Das Ziel ist prinzipiell jeder Unterstützung wert, die bisherigen Ergebnisse lassen jedoch Zweifel an der Durchführbarkeit aufkommen. Der Change² Prozess führt offensichtlich zu deutlichen Irritationen innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Ein Zwischenbericht der Verwaltung über den Stand der Prozesse liegt dem Gemeinderat bis heute nicht vor. Der Prozess bindet erhebliches Personal, über dessen Verwendung nach Ende des Prozesses noch nichts verlautbart wurde. Laut Unterlagen wurde bisher ein Teil der Prozesse implementiert, bis jetzt gibt es keine Nachweise über deren Effizienz. Laut Aussagen aus Verwaltungskreisen wird der Change² Prozess durch Abstimmungsprobleme, Kompetenzgerangel und taktische Manöver in den Dezernaten erschwert. Die erhofften Freisetzungen von Personal für andere Aufgaben war offensichtlich von vornherein nicht geplant und ist auch nicht zu sehen. Ein Beispiel für die völlige Verkehrung der Verwaltungsvereinfachung ins Gegenteil, ist das Vorhandensein von Pressestellen in jedem Dezernat, die jedoch nach unserem Wissen eigenständig nicht tätig werden können, sondern an einen Pressepool liefern, der erst nach Filterung der Meldungen diese an die Öffentlichkeit gibt – wahrhaft kein Beispiel eines effizienten Vorgehens einer Verwaltung.

Erschreckend beim Change² Prozess ist die große Zahl der Beratungsfirmen. In einer einzigen Vorlage wurden allein neun beratende Firmen aufgeführt. Ein Ergebnis war der Vorschlag der Schaffung einer Matrixorganisation, ein betriebswirtschaftliches Standardinstrument, auf das man auch ohne äußere Hilfe hätte kommen können. Von verschiedenen Seiten wurden schon Anfragen zu den Gesamtkosten der Beratung gestellt, unseres Wissens aber bisher nie beantwortet. Im Interesse der Sparsamkeit sollte unbedingt versucht werden, die Zahl der Beratungsfirmen auf ein Minimum zu reduzieren.

Wir schlagen den Abschluss des Change² Prozesses zum Jahresende vor. Die Rückgliederung der Change² Mitarbeiter sollte schon im Jahr 2010 erfolgen.

Die Umsetzung von Projekten, die dauerhaft zu Mehrkosten führen, lehnen wir ab.

Die Mannheime Liste wird ihr Vorgehen bei den Etatverhandlungen an folgenden Kriterien ausrichten:

1. Vorhaben mit Einsparpotential

Dezernate

Die Integration des Aufgabengebietes Beschwerdemanagement wird um ein Jahr vorgezogen. Die Stelle entfällt ab 2011 (Einsparvolumen 60.000 €).

Mannheim 2020

Die ML befürwortet vorbehaltlos die Bewerbung der Stadt Mannheim zur Kulturhauptstadt 2020.

Die vorgeschlagene Aufstockung des Büros wird aber nicht mitgetragen aus folgenden Gründen:

Es ist überhaupt noch nicht sicher, ob Deutschland wirklich 2020 „an der Reihe“ ist. Dies sollte primär geklärt werden, um die Intensität der Bewerbung danach zu bestimmen. Das Büro hat in den letzten beiden Jahren nur Fakten kompiliert und unverbindliche moralische Unterstützung in der Stadt gesammelt. Konkrete Zusagen liegen unseres Wissens nicht vor. Konkrete Pläne für das weitere Vorgehen liegen ebenfalls nicht vor. Nach Aussagen von Oberbürgermeister Dr. Kurz (Kulturausschuss) ist damit in den nächsten 2 Jahren auch nicht zu rechnen. Die jetzigen Stelleninhaber – Frau Hacker, Herr Kern – sind gut eingearbeitet. Wir plädieren deshalb dafür, das Büro in seiner jetzigen Form weiter zu führen, keine Personalaufstockung vorzunehmen und nur die Sachmittel aufzustocken.

Wir fordern die Einbeziehung der Metropolregion und der in der Metropolregion befindlichen Großstädte Heidelberg und Ludwigshafen, die sich auch an den Kosten beteiligen sollten.

Neubau / Renovierung Kunsthalle

Die Altbausanierung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen und wird durchgeführt. In Anbetracht des unsicheren Ausgangs der Renovierung des Altbaus, bei dem die projektierten Kosten jetzt schon von 8 Mio.€ auf 13 Mio.€ gestiegen sind, ist hier eine weitere Kostensteigerung nicht ausgeschlossen. Über das weitere Schicksal des Neubaus sollte erst nach Einholung ausführlicher Gutachten beschlossen werden.

Wegen der Unsicherheiten beim Altbau beantragen wir, die Kostenentwicklung dort erst abzuwarten und die Planungskosten für die Entscheidung über das weitere Vorgehen beim Mitzlaff Bau in Höhe von 600.000 € in die Haushaltsjahre 2012/2013 zu verschieben.

Quartiermanagement

Das Quartiermanagement wird weiterhin als befristete Maßnahme zur Belegung einzelner Quartiere gesehen. Soweit über die vorgesehene Einrichtungszeit von 5 bzw. 8 Jahren hinaus Verlängerungen erfolgen sollen, müssen diese aus besonderen Gründen nachvollziehbar sein. Es muss verhindert werden, dass Quartiermanagement als Dauereinrichtung etabliert wird, da dadurch in vielen Quartieren, die bisher derartige Maßnahmen ehrenamtlich organisieren, der Anspruch

auf Einrichtung eines Quartiermanagement erhoben wird. Eine derartige Entwicklung kann nicht im Sinne der Stadt sein.

Gelder für Mafinex nur bei nachgewiesenen positiven Ergebnissen

Im Wirtschaftsplan sind 10 Mio.€ vorgesehen für die Erweiterung der Mafinex. Der Einsatz dieser Mittel ist nicht gerechtfertigt. Bisher liegt der von uns im Oktober 2009 geforderte Bericht der bisherigen Ergebnisse nicht vor. In Anbetracht der beträchtlichen Leerstände an gewerblichen Räumen in Mannheim erscheint ein Neubau zum jetzigen Zeitpunkt absolut verfehlt. Nach den massiven Kostenüberschreitungen beim Bau des Gebäudes auf dem Lindenhof, sollte eine Erweiterung durch einen Investor durchgeführt und die Räume angemietet werden.

Keine Erweiterung des Programms „Willkommen im Leben“

Das Programm wurde gestartet auf der Hochstätt und der Schönau und soll 2010 auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Diese Ausweitung ist nicht nötig. Aus der Bevölkerung kam schon deutliche Kritik am „Gießkannenprinzip“ der Betreuung. Zitat (MM Dezember 2009) „Lieber Krippenplätze statt salbungsvoller Worte oder Windeln“. Es wird vorgeschlagen, die bestehende Institution so zu gestalten, dass Hebammen, die einen Bedarf für Betreuung sehen, den Müttern eine Unterstützung durch die Stadt Mannheim anbieten. Reaktionen aus der Bevölkerung zeigen, dass eine Ausdehnung auf die gesamte Stadt weder gewünscht noch notwendig ist.

2. Die ML lehnt folgende Vorhaben ab

Übernahme der Fremdreinigung durch eigenes Personal

Die Übernahme von Fremdreinigung durch eigenes Personal führt dazu, dass die gesamte Problematik der Urlaubs-, Krankheits- und sonstigen Vertretung durch zusätzliche eigene Kräfte geregelt werden muss. Darüber hinaus liegen die Tarife im öffentlichen Dienst deutlich über den Tarifen in der freien Wirtschaft, was zu unnötigen zusätzlichen finanziellen Belastungen führen muss.

Sollten freie Kapazitäten bei Mitarbeiter der Stadt vorhanden sein, die bisher nicht genutzt wurden, befremdet uns das sehr.

Straßenunterhaltung

Die Kürzungen der Sachausgaben im Bereich der Straßenunterhaltung für die Jahre 2010/2011 (300.000 €) werden abgelehnt. Die Straßenunterhaltung ist seit langen Jahren eine kritische Angelegenheit in Mannheim. Unbestritten setzen wir hier eher zu wenig als zu viel Geld ein. Bei dieser Sachlage verbietet sich die beabsichtigte Streichung.

Erhöhung der Entgelte für Sportstätten

Die Sportstätten werden vor allem von ehrenamtlich in Vereinen tätigen Bürgern gestützt. Sie erfüllen eine wesentliche Aufgabe in der Prävention für Jugendliche, abgesehen von den wichtigen sozialen

und gesundheitspräventiven Komponenten, die mit der Ausübung sportlicher Tätigkeiten verbunden sind. Eine Preiserhöhung in diesem Bereich ist absolut kontraproduktiv und kann von uns nicht mit getragen werden ist.

Aufgabe 48er - Sportplatz

Der 48er-Sportplatz erfüllt im Stadtteil Almenhof seit Jahrzehnten eine wichtige Funktion in sozialer und präventiver Hinsicht. Er ist teilweise durch Eigenleistung der Bürger zu einem kommunikativen Mittelpunkt des Stadtteils geworden. Eine Bebauung würde bestehende Strukturen zerstören, Baugelände ist an anderer Stelle durchaus vorhanden.

Umwandlung der Jugendhäuser

Die Jugendhäuser sind ein Teil der Bemühungen der Stadt, gerade benachteiligten Jugendlichen eine Stätte der Begegnung zu bieten. Sie sind in den vergangenen Jahren, personell und materiell erheblich reduziert worden. Sie werden von Jugendlichen gut angenommen. Eine Rückstufung zu Jugendtreffs würde vieles der geleisteten Arbeit zunichte machen und einen Rückschritt in der Jugendarbeit bedeuten.

Aufgabe von Spielotheken

Die Spielotheken erfüllen wesentliche Funktionen im Jugendbereich und werden auch gut angenommen. Ihre Aufgabe zum jetzigen

Zeitpunkt ist kontraproduktiv für die Jugendarbeit und sollte unterlassen werden.

Gesundheitsprävention

Eine Reduzierung der Zuschüsse für die Bereiche Gesundheitsprävention und Selbsthilfe lehnen wir ab. Soweit die Untersuchung der stadtinternen Arbeitsgruppe eine Optimierung der Verteilung erreicht, ist über etwaige Reduzierungen in den Haushaltsberatungen 2012/2013 zu befinden.

Aufgabe von Schulstandorten

Die Aufgabe von Schulstandorten unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen ist ab 2013 durchaus vertretbar. Die Aufgabe von Schulstandorten auf Grund geringer Kinderzahlen ist eine unvermeidliche Folge der demographischen Entwicklung. Um die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen, auch für die einzelnen Stadtteile, mit zu berücksichtigen, bedarf es eines von der Fachverwaltung erstellten und vom Gemeinderat umfassend diskutierten und beschlossenen Schulentwicklungsplanes. Hierbei sind die Besonderheiten der jeweiligen Stadtteile und Schulen auch in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

3. Die ML unterstützt folgende Vorhaben

Wiedereinführung des Familienpasses in der bisherigen Ausgestaltung

Der Familienpass hat wichtige Funktionen im Bereich der Familien erfüllt. Viele kulturelle und sportliche Institutionen haben sich daran beteiligt, das Angebot wurde gut angenommen. Die Abschaffung des Passes zum 1. Januar wurde von vielen Familien als schmerzlich empfunden. Eine Erweiterung der Leistungen im Sinne des Familienpass „plus“ würde zu einer deutlich vermehrten finanziellen Belastung der Stadt führen, was im Augenblick nicht finanzierbar ist. Eine Bindung der Leistung an die Einkommen der Erziehenden führt zu einem nicht vertretbaren bürokratischen Aufwand.

Strukturmaßnahmen Fachbereich 50

Die vom Fachbereich 50 vorgeschlagenen Strukturmaßnahmen werden jeweils um ein Jahr vorgezogen. In 2010 entsteht dadurch ein Mehrbetrag von 340.000 €, der im Jahr 2011 durch die Einsparung von 1,3Mio.€ mehr als kompensiert wird (Nettoeinsparungen in den Haushaltsjahren 2010-2011 netto 1 Mio.€).

Freie Szene

Die zusätzliche finanzielle Unterstützung der Freien Szene wird befürwortet, allerdings sollten aus den 475.000 € eine Summe von 20.000 € für die Bläserphilharmonie zu Lasten des Projektes „Zeitraum Exit“ beschlossen werden.

Neue wirtschaftspolitische Strategie für Mannheim

Die für die Umsetzung der „Neue wirtschaftspolitische Strategie“ vorgesehene Stellenausweitung im Bereich Wirtschaftsförderung wird dahingehend modifiziert, dass die notwendigen Personalausweitungen durch Stellenübertragungen aus anderen Bereichen der Verwaltung dargestellt wird. Hier ist insbesondere an die Reintegration der im Bereich der Projektgruppe Change² freiwerdenden Stellen zu denken.

Videoanlagen in Schulen, Unterführungen etc.

Die ML hat in der Vergangenheit den Betrieb von Videoanlagen an sozialen Brennpunkten (Schulen, öffentlichen Plätzen) begrüßt und bedauert, dass durch die augenblickliche Gesetzeslage eine Weiterführung der Aktivitäten nicht möglich war. Die ML begrüßt die Aktivitäten der Landesregierung zur Wiedereinführung der Videoüberwachung, da hierdurch materieller Schaden verhindert werden kann und den Bürgern mehr subjektive Sicherheit geboten wird.

Aufgabe des Parallelbetriebs Hallenbäder - Freibadsaison

Im Zuge der Sparmaßnahmen erscheint die Einstellung des Parallelbetriebes der Hallenbäder während der Freibadsaison eine sinnvolle Maßnahme.

Wegfall der Beckenbeheizung in Freibädern

Der Wegfall der Beckenbeheizung ist sicherlich ein Faktor, der die Akzeptanz der Bäder mindern wird. Da aber nach Untersuchungen nur etwa 20% der Freibadbesucher auch tatsächlich die Becken benutzen, erscheint die Einstellung der Heizung ein akzeptables Vorgehen.

Abgabe der Freibäder Rheinau und Sandhofen

Die Überführung der Freibäder von der öffentlichen Hand in die Obhut privater Trägervereine macht Sinn, es muss allerdings gewährleistet werden, dass sich die Betreuung auf die allgemeine Versorgung erstrecken und größere Wartungsanfälle (Pumpen) weiterhin von der Stadt abgedeckt werden.

Schließung Hallenbad Seckenheim

Die Schließung des Hallenbades Seckenheim ist betriebswirtschaftlich sinnvoll.

Neugestaltung Augustaanlage

Die ML sieht in der Umgestaltung der Augustanlage eine einmalige Gelegenheit, städtebauliche Akzente zu setzen. Die Entfernung der jetzt dort vorhandenen Bäume eröffnet die Möglichkeit, gestalterisch einzugreifen und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Dazu schlagen wir vor:

Die Erneuerung der Allee in der Augustaanlage erfolgt zweizeilig. Aufgrund der Wachstumscharakteristik der Platanen erübrigt sich eine zweite Reihe, insbesondere wenn die erste Reihe nach innen versetzt wird. Mindestens ab der Otto- Beck- Strasse bis zum Wasserturm wird der Mittelstreifen als begehbarer Erlebnisraum, Flaniermeile (Stichwort „Ramblas“) gestaltet.

Straßenbeleuchtung

Das für 2013 vorgesehene Einsparpotential für Straßenbeleuchtung von 325.000 € wird durch geeignete Maßnahmen in 2010 auf das Jahr 2011 vorgezogen.

Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Frauenhausplätze

Die Stadt Mannheim erfüllt wesentliche Aufgaben im Bereich der Frauenhäuser. Kosten entstehen durch die Versorgung von Frauen aus dem Umland, wenn Frauen aus verständlichen Gründen nicht in ihrer Heimatgemeinde versorgt werden können oder wollen. Aus diesem Grund sollten die Umlandgemeinden an den Kosten beteiligt werden.

Deckelung der Ausgaben Strandbad

Die bisher vom Gemeinderat beschlossenen Ausgaben für Verwaltung und Anpachtung des Strandbadgeländes und der Strandbadgaststätte mit einem Gesamtbetrag von 100.000 € jährlich werden festgeschrieben. Soweit Pächterträge in der ursprünglich beabsichtigten Höhe nicht erzielbar sind, werden die für das Strandbad genehmigten Personalausgaben zurückgefahren.

Fazit :

Mannheim hat aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur gute Chancen besser als viele andere Kommunen die Krise zu überstehen.

Unsere Aufgabe als Gemeinderat besteht darin, in den kommenden Jahren die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Dazu zählen nach unserer Auffassung der weitere Ausbau Mannheims als Bildungs-, Kultur- und Sportstadt.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit